

Der Berufseinstieg darf nicht zur Armutsfalle werden

Autor(en): **Schmid, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **104 (2007)**

Heft 1

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840167>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Berufseinstieg darf nicht zur Armutsfalle werden

Wenn Jugendliche den Anschluss ans Berufsleben verpassen, droht ihnen ein Leben in Abhängigkeit. Die SKOS fordert deshalb eine umfassende Strategie zur Bekämpfung der Armutsrisiken von jungen Erwachsenen.

Trotz hervorragender Wirtschaftslage und sinkenden Arbeitslosenzahlen bleibt es für viele Jugendliche und junge Erwachsene schwierig, in die Berufswelt einzusteigen. Die Betroffenen finden keinen Ausbildungsplatz oder später – wegen ungenügender Ausbildung oder mangelnder Berufserfahrung – keine Anstellung. In jedem Fall sind viele von ihnen einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt, das nicht nur individuelle, sondern auch strukturelle Ursachen hat. Entsprechend ist die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen in der Sozialhilfe stark vertreten. Die SKOS hat sich mit diesem sozialpolitisch brisanten Problem auseinandergesetzt und ein Grundlagenpapier erarbeitet, welches den Finger auf ein paar wunde Punkte legt.

Stabilität bieten

Nicht alle Jugendlichen können den hohen Anforderungen, die heute bereits ein Ausbildungsplatz an sie stellt, genügen. Vor allem schlechter qualifizierte und leistungsschwächere Jugendliche haben Mühe, sich zu behaupten. Unter ihnen sind aus nachvollziehbaren Gründen viele Migrantenkinder. Wer heute nach der obligatorischen Schulzeit keine

ordentliche Lehrstelle erhält, wird von einem Übergangsangebot zum andern vermittelt. Es stellt sich deshalb die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, weniger anspruchsvolle Lehrstellen zu schaffen. Zertifikatslehren etwa, die Jugendlichen während den kritischen Jahren nach dem Schulabschluss für zwei, drei Jahre Stabilität geben sowie Möglichkeiten zur Qualifikation und Bewährung bieten.

Die klassische Lehre, die von Staat und Wirtschaft gemeinsam verantwortet wird, soll auch in Zukunft ein wichtiger Pfeiler der Berufsausbildung sein. Doch wenn es der private Markt – trotz aller Fördermassnahmen – nicht schafft, muss der Staat ein ergänzendes Angebot bereitstellen. Das Sozialziel unserer Verfassung, wonach Kinder und Jugendliche Anspruch auf eine angemessene Aus-



Walter Schmid, Präsident der SKOS

bildung haben, sollte ordnungspolitischen Bedenken vorgehen. In früheren Zeiten war man da weniger dogmatisch und hat staatliche Lehrstellen zugelassen.

Länger ausbilden

Die SKOS hat öffentlich die Frage gestellt, ob die Grenze für die obligatorische Ausbildung bei 16 Jahren noch richtig gesetzt sei. Kaum jemand wird behaupten wollen, dass Jugendliche heute nach der obligatorischen Schul-

Grosses Medienecho

Das Armutsrisiko von Jugendlichen und jungen Erwachsenen war Thema der SKOS-Medienkonferenz vom 3. Januar 2007. Das Medienecho war gross und einzelne Zeitungen haben bei der Leserschaft eine spontane – nicht repräsentative – Umfrage zum Vorschlag der SKOS, die obligatorische Ausbildungszeit zu verlängern, durchgeführt. Bei der Gratiszeitung «20Minuten» haben sich 4000 Leserinnen und Leser dazu geäussert. 66 Prozent sprachen sich für die Verlängerung der obligatorischen Ausbildungs-

zeit aus. Eine Repräsentativumfrage der SRG SSR idée suisse hat kürzlich gar 90 Prozent Zustimmung zum Vorschlag, vermehrt Lehrstellen für schlecht qualifizierte ausländische Jugendliche zu schaffen, erbracht.

Die SKOS wird sich an ihrer Mitgliederversammlung vom 31. Mai 2007 den Armutsrisiken von Jugendlichen und jungen Erwachsenen widmen (s. Titelseite).

Das Grundlagenpapier der SKOS ist unter www.skos.ch abrufbar.

« Der Staat müsste – analog der Volksschule – jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz garantieren. »

Sozialhilfe und Management – ein Widerspruch?

zeit für die Arbeitswelt ausreichend gerüstet sind. Das war vielleicht im 19. Jahrhundert noch so, als diese Grenze festgelegt wurde. Doch heute wissen wir, dass es eine längere Ausbildungszeit braucht. Weshalb also diesen neuen Realitäten nicht ins Gesicht sehen und die obligatorische Ausbildungszeit bis zur Volljährigkeit verlängern? Ähnlich wie über das Rentenalter sollte man auch darüber diskutieren, ob diese gesetzliche Altersgrenze den heutigen wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Verhältnissen noch entspricht.

Kein persönliches Versagen

Der Vorschlag der SKOS, die obligatorische Ausbildungszeit zu verlängern, hat in der Öffentlichkeit grossen Widerhall ausgelöst. Aber auch der Widerspruch liess nicht lange auf sich warten. Dies kommt nicht von ungefähr, denn damit wird das Problem plötzlich ein Thema für die gesamte Gesellschaft: Der Berufseinstieg Jugendlicher und ihr strukturelles Armutsrisiko ist nicht mehr nur ein persönliches Problem des Einzelnen. Die Schuld für den missglückten Berufseinstieg kann nicht mehr als persönliches Versagen interpretiert werden.

Der Grund für den Widerstand gegen eine verlängerte Ausbildungspflicht liegt kaum darin, dass man den Jugendlichen nicht weitere Pflichten auferlegen möchte. Viel mehr will man sich bei diesem unangenehmen Thema nicht in die Pflicht nehmen lassen. Konkret würde dies nämlich bedeuten, dass der Staat analog zur Volksschule jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz garantieren müsste. Dagegen wehren sich viele. Doch die Diskussion ist lanciert. ■

Walter Schmid
Präsident der SKOS

Managementmethoden machen auch vor den Organisationen der Sozialhilfe nicht halt. Das Spannungsfeld zwischen sozialem Auftrag und wirtschaftlicher Effizienz war Thema einer nationalen SKOS-Tagung in Bern.

Die Verantwortlichen der Sozialhilfe sind gefordert: Steigende Fallzahlen haben in ihrem Metier zwar auch mit steigendem Absatz zu tun. Da es sich bei Organisationen der Sozialhilfe aber nicht um vom Markt gesteuerte, gewinnorientierte Unternehmen handelt und bei der Klientel nicht um eine Kundschaft, ist die steigende Nachfrage nach dem Produkt Sozialhilfe kein Erfolg. Viel mehr wird die Effizienz der Sozialhilfe an der sinkenden Nachfrage gemessen.

Dauerbrenner

Die optimale Organisation und Entwicklung von Sozialdiensten scheint deshalb bei der Fachwelt ein Dauerbrenner zu sein. Dies zeigt die SKOS-Tagung zum Thema, die am 17. Januar in Bern stattgefunden hat: Mehr als 300 Personen aus der ganzen Schweiz haben daran teilgenommen. Im Zentrum der Tagung stand die Frage: Lassen sich betriebswirtschaftliche Kriterien auch auf Organisationen der Sozialhilfe anwenden? «Ja, Managementansätze müssen auch in den Sozialbereich vordringen», so die fast einhellige Meinung der Referierenden und Podiumsteilnehmenden. Dennoch

gelte es, dem sozialen Auftrag der Sozialhilfe Rechnung zu tragen, denn: Menschen sind keine Produkte.

Markt der Möglichkeiten

Themen wie Steuerung, Wirkungs- und Ressourcenorientierung waren Schwerpunkte der Tagungsvorträge. Im Rahmen von Workshops stellten Verantwortliche verschiedener Sozialdienste ihre Organisationsform vor. Zudem präsentierten 24 Organisationen der Sozialhilfe (öffentliche und private Sozialhilfe, Bildungsstätten, Unternehmensberatungen) ihre Institution und ihr Angebot an Ständen, so dass für die Teilnehmenden eine Art «Markt der Möglichkeiten» entstand. Auf dem Podium debattierten Peter Hablützel, ehemaliger Direktor des Eidgenössischen Personalamts (Inhaber Hablützel Consulting), Ralph Lewin, Regierungsrat Kanton Basel-Stadt, Ueli Mäder, Professor für Soziologie an der Universität Basel, und Monika Stocker, Sozialdirektorin der Stadt Zürich.

SKOS bleibt dran

Die SKOS-interne Arbeitsgruppe «Organisationsentwicklung und Finanzen», welche die Tagung initiiert hat, legte den Teilnehmenden das Arbeitspapier «Good Practice für Sozialdienste» vor, das als Hilfsmittel für die Praxis dient. Dieses soll unter Einbezug von Fachleuten ständig weiterentwickelt werden. Die Tagung zur Organisationsentwicklung ist auf eine grosse Nachfrage gestossen: Die SKOS wird deshalb beim Thema am Ball bleiben. ■ (mb)

Tagungsunterlagen und weitere Infos:

www.skos.ch

Siehe auch ZeSo Nr. 4/2006:

Schwerpunkt Organisationsentwicklung